

Meldungen aus der Armee

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens**

Band (Jahr): **86 (2013)**

Heft 12: **Besuch der finnischen Logistikoffiziere**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesrat verabschiedet Änderung der Alarmierungsverordnung

29.11.2013

Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung die teilrevidierte Alarmierungsverordnung verabschiedet. Ein Grossteil der Änderungen steht im Zusammenhang mit der Installierung des neuen Systems zur Alarmierung der Bevölkerung POLYALERT.

Das bisherige System zur Alarmierung der Bevölkerung INFRANET wird seit 2012 schritt-

weise durch das neue System POLYALERT ersetzt. Aufgrund von technischen und organisatorischen Neuerungen müssen die Aufgaben zwischen den beteiligten Partnern im Einzelnen neu aufgeteilt werden. Am Grundsatz der Zuständigkeitsfinanzierung wird dabei festgehalten.

POLYALERT auf Kurs

Gestützt auf die gute Zusammenarbeit zwi-

schen allen Beteiligten schreitet die Einführung von POLYALERT planmässig voran. Ende Oktober 2013 konnte die tausendste Sirenenanlage mit POLYALERT in Betrieb genommen werden. Bis Ende 2013 sollen sämtliche Wasseralarm-Sirenen in der Schweiz auf POLYALERT migriert sein, bis Ende 2015 auch die Sirenen für den Allgemeinen Alarm. Insgesamt werden mehr als 5000 Sirenen auf das neue System migriert.

Fiktive Atomkatastrophe testet Organisationen

Rund 400 Spezialisten und Spezialistinnen haben in der Schweiz und im Ausland geübt, wie sie im Falle einer Atomkatastrophe vorgehen müssen. Als Übungsannahme diente ein schwerer Unfall im KKW Leibstadt.

20.11.2013 | SDA, Kommunikation VBS

Die zweitägige Übung sei für viele Beteiligte mit einem grossen Lerneffekt verbunden gewesen, so Leiter Marc Kenzelmann nach Abschluss der Gesamtnotfallübung 2013. Bei der alle zwei Jahre in einem der vier Schweizer Atomkraftwerke stattfindenden Gesamtnotfallübung wird unter der Leitung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz BABS getestet, ob die Vorbereitungsarbeiten genügen. Im Zentrum steht insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Notfallpartnern. In die diesjährige Notfallübung waren auch Stellen in Nachbarländern sowie die Internationale Atomenergieagentur IAEA in Wien eingebunden.

Flexibilität der Notfallpläne erforderlich

Am Dienstag wurde unter anderem getestet, wie schnell Material aus dem neu geschaffenen externen Materiallager der Schweizer Kernkraftwerke in Reitnau AG an den Katastrophort gebracht werden kann. Dabei zeigte sich, dass beispielsweise das Wetter einen wesentlichen Einfluss haben kann. Gemäss Konzept wird ein Teil des Materials von der Schweizer Armee mit Helikoptern transportiert – wenn das Wetter dies zulässt. Andernfalls muss alles auf Lastwagen transportiert werden – zum Beispiel bei dichtem Nebel, wie dies bei der diesjährigen Gesamtnotfallübung der Fall war.

Am Mittwoch stand der Aufbau und der Betrieb einer Beratungsstelle Radioaktivität in Reinach AG auf dem Programm. Diese Beratungsstellen sind ausgelegt, dass sie pro Tag 1000 Personen betreuen, beraten oder verarz-

ten können. Um den Betrieb simulieren zu können, wurden in Reinach 180 Figurantinnen und Figurantinnen eingesetzt. Bundespräsident Ueli Maurer stattete am Mittwoch verschiedenen Schauplätzen der Übung einen Besuch ab.

Lehren aus Fukushima

Der Atomunfall in Fukushima hatte auch Auswirkungen auf die Schweiz. Die Landesregierung beauftragte die Verantwortlichen mit einer umfassenden Überprüfung der Notfallmassnahmen. Inzwischen habe man die Arbeiten abgeschlossen und werde dem Bundesrat rund 55 Massnahmen unterbreiten, so Willi Scholl, der Direktor des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz. Dazu gehören auch Notfallpläne für Evakuierungen im Falle eines Atomunfalles

Fortführung des Swissscoy-Einsatzes

29.11.2013

Der Bundesrat hat am Freitag die Fortführung des Einsatzes der Swissscoy in der multinationalen Kosovo Force (KFOR) bis 31. Dezember 2017 beschlossen und eine entsprechende Botschaft an das Parlament verabschiedet. Da der Einsatz bewaffnet erfolgt und länger als drei Wochen dauert, bedarf er der Genehmigung durch die Bundesversammlung. Die Schweiz hat jederzeit die Möglichkeit den Einsatz zu beenden.

Die Swissscoy ist seit 1999 als Teil der KFOR im Kosovo im Einsatz und leistet seit 2002 ihren Dienst bewaffnet. Seit Beginn des Einsatzes haben rund 5400 Angehörige der Armee freiwillig ihren Beitrag zu den Stabilisierungsbemühungen der internationalen Gemein-

schaft geleistet. Die Anwesenheit der Schweizer Armee wird im Kosovo sehr geschätzt und geniesst in der dortigen Bevölkerung grosses Vertrauen.

Das Interesse der Schweiz an einem gewaltfreien Kosovo ist unverändert hoch, da die Stabilität des Westbalkans unmittelbar mit der Sicherheit in der Schweiz verbunden ist. Deshalb ist die Weiterführung der KFOR-Präsenz als Teil eines internationalen Engagements im Kosovo für die Schweiz von direktem Interesse. Die Fortsetzung des friedensfördernden Einsatzes im Kosovo entspricht ausserdem dem im Sicherheitspolitischen Bericht 2010 dargelegten Willen des Bundesrates.

Der Kontingentsbestand soll von aktuell maximal 220 Armeeeingehörigern auf 235 Armeean-

gehörige angehoben werden, damit die Leistungen, welche mit der KFOR aktuell vereinbart sind, weiterhin erbracht werden können. Zudem können ausserordentlicher Instandhaltungsbedarf oder lagebedingte Sicherheitsanforderungen temporär zu zusätzlichem Personalbedarf führen. Der maximale Bedarf an temporären Aufstockungen kann hingegen neu gesenkt werden. Statt einer Aufstockung um 80 Armeeeingehörige während 12 Monaten, soll der Bundesrat die Möglichkeit haben, das bestehende Kontingent um höchstens 60 Armeeeingehörige für maximal vier Monate zu erhöhen.

Herausgeber:

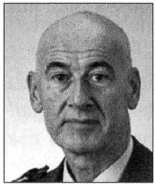
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
Bereich Verteidigung

Jahreskonferenz Chef VBS

An der Jahreskonferenz Chef VBS im Ausbildungszentrum Schwarzenburg hat Ueli Maurer sieben hohe Kader verabschiedet.

22.11.2013 | Kommunikation VBS

Divisionär Jean-Jacques Chevalley Militärpolitischer Berater Chef VBS



Jean-Jacques Chevalley hat eine klassische Instruktorlaufbahn absolviert. Mit 24 Jahren trat er ins Instruktionkorps der Versorgungstruppen ein. Seine Erfahrung im militärischen Bereich einerseits und in der Verwaltung andererseits brachten ihn an die Seite des Chefs VBS. Im März 2008 wurde er militärpolitischer Berater des Departementchefs. Nun kann er sich mehr seinem Hobby, der Reiterei, widmen.

Divisionär Kurt Nydegger Militärpolitischer Berater Chef VBS



Kurt Nydegger wechselte 1980 von der Privatwirtschaft in die Verwaltung. Er wurde Chef Elektronische Aufklärung im Bundesamt für Übermittlung. Ende 2003 wurde Nydegger zum Chef Führungsunterstützung (J6) ernannt mit Beförderung zum Brigadier ab 2004. 2005 folgte die Ernennung zum C FUB mit Beförderung zum Divisionär. 2011 wurde Nydegger mit der Pro-

jektleitung Cyber Defense betraut. Nun hat Divisionär Nydegger mehr Zeit für Töffausfahrten mit seiner Frau.

Divisionär Daniel Roubaty Kdt Höhere Kaderausbildung der Armee



Daniel Roubaty ist ein Berufsoffizier mit Führungserfahrungen auf allen Stufen. Mit 29 Jahren trat er als Hauptmann ins Korps der Instruktionsoffiziere ein. Während den Unwettern vom Oktober 2000 im Raum Gondo koordinierte er als Kommandant der Territorialbrigade 10 den Einsatz aller militärischen Mittel. 2011 übernahm Roubaty das Kommando der Höheren Kaderausbildung und wurde zum Divisionär befördert. Zu seinen Interessen zählen Publikationen zu historischen Themen und zu internationalen Beziehungen.

Brigadier Rolf Oehri Zugeiteter Höherer Stabsoffizier Cda



Rolf Oehri war mit Leidenschaft Kommandant. Methodik, Systematik und Taktik gehören zu seinen Stärken. Seit dies in der Miliz als Kdt des Mot Füs Bat 49 und Kdt des Solothurner Inf Rgt 11 – oder aber im Beruf zuerst als Lehrgangskommandant an der MILAK. Karrierehöhepunkt war die Berufung als Kdt der Zentralschule. In den letzten 18 Monaten war Oehri Zugeiteter Höherer Stabs-

offizier des Chefs der Armee. Zu seinen Hobbys zählt Jassen.

Brigadier Stefano Mossi Kdt Gebirgsinfanteriebrigade 9



Stefano Mossi wurde 1999 Kommandant des Gebirgsinfanterie-Bataillons 30. 2002 kam er in den Stab der Festungsbrigade 23. Fünf Jahre später übernahm er das Kommando der Gebirgsinfanteriebrigade 9. Ein besonderer Anlass seiner Kommandantenzeit war der «Gebirgsmarsch des Geb Inf Bat 48» auf den San Giacomo-Pass im Bedrettot. Am 23. Juni 2009 bestieg das ganze Bataillon den Gipfel. Stefano Mossi verlässt die Armee, um sich erneut einer zivilen Vollzeittätigkeit zu widmen.

Brigadier Jean-Pierre Leuenberger Kdt Lehrverband Panzer/Artillerie



Jean-Pierre Leuenberger startete seine Militär-Karriere bei den Radfahrern. Seine Kommandostationen sind: 1984 Radfahrerkompanie II/1, 1995 Radfahrerbataillon 1, 1998 Radfahrerregiment 4. 2007 wurde Chef Einsatz- und Laufbahnsteuerung (ELS) Heer. Seit 2008 ist Brigadier Jean-Pierre Leuenberger Kommandant des Lehrverbandes Panzer und Artillerie. Jetzt tritt er kürzer. Langweilig wird ihm aber kaum. In diesem Jahr ist er in den Gemeinderat von Boudry gewählt worden. Sein Ressort: Umwelt und Ortsplanung.

13.11.2013 | Kommunikation VBS

Der 47-jährige Mathias Tüscher, von Sassel VD und Kallnach BE, studierte von 1989 bis 1992 Politikwissenschaften an der Universität Lausanne. Er trat 1992 als Berufsoffizier in das Instruktionkorps der Infanterie ein. Von 1999 bis Juli 2002 war Oberst i GSt Tüscher in der Projektorganisation Armee XXI und als zugeleiteter Offizier des Projektleiters Lehrverband Infanterie 3/6 tätig. Nach einem Studienaufenthalt am Institut Royal Supérieur de Défense in Bruxelles arbeitete er ab August 2003 als Stellvertretender Kommandant der Infanterierekrutenschule 3. Im März 2008 wurde ihm das Kommando der Infanterierekrutenschule 3 in Bière übertragen. Berufsbegleitend hat Oberst i GSt Tüscher am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik einen Master of Advanced Studies in International and European Security erworben.

Oberst i GSt Tüscher ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er spricht neben seiner französischen Muttersprache deutsch und englisch.

Künftige Kader können für Studium RS früher verlassen

Armeeangehörige, die eine militärische Karriere einschlagen und studieren, dürfen die Rekrutenschule respektive das Abverdienen künftig früher verlassen, damit sie an der Uni weniger Stoff verpassen. Darauf haben sich die Armee und die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) geeinigt.

29.11.2013 | SDA

Für Rekruten, die nach der Matura die Sommer-RS absolvieren, endet die militärische Ausbildung heute erst sechs Wochen nach Semesterbeginn. Armee und CRUS haben deshalb ausgehandelt, dass diese Rekruten, falls sie eine militärische Kaderlaufbahn einschlagen, die RS drei Wochen früher verlassen können, wie Armeechef André

Blattmann am Freitag in der Sendung «Heute Morgen» von Schweizer Radio SRF1 sagte. Allerdings müssen die Armeeangehörigen die verpasste Zeit der Armee-Ausbildung nachholen. «Der letzte Teil der Rekrutenschule ist ja die praktische Führung», begründet dies Blattmann. Deshalb solle die Armee darauf bestehen, dass dieses Abverdienen nachgeholt werde.

Für Unis kein Problem

«Für die Universitäten ist das sicher kein Problem», sagte CRUS-Generalsekretär Raymond Werlen im Radiobeitrag zur Neuerung. Die Studierenden hätten aber einen Mehraufwand, weil sie nachholen müssten, was sie in den ersten drei Wochen des Semesters verpasst hätten.

Neuer Kommandant der Infanteriebrigade 2

Armeeangehörige, die eine militärische Karriere einschlagen, dürfen die Rekrutenschule respektive das Abverdienen künftig früher verlassen, damit sie an der Uni weniger Stoff verpassen. Darauf haben sich die Armee und die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) geeinigt.

Brigadier befördert. Er folgt auf Brigadier Philippe Rebord, der vom Bundesrat bereits im Juni zum Kommandanten der Höheren Kaderausbildung ernannt wurde.

Revision des Landesversorgungsgesetzes findet Unterstützung

Bern, 29.11.2013 – Der Bundesrat hat heute vom Ergebnis der Vernehmlassung zur Revision des Landesversorgungsgesetzes (LVG) Kenntnis genommen. Die Hauptstossrichtungen und Ziele der Revision werden mehrheitlich befürwortet: Mit der Modernisierung des bestehenden Gesetzes will der Bundesrat die Widerstandsfähigkeit der Versorgungsinfrastrukturen erhöhen sowie rascher, gezielter und flexibler auf drohende oder bereits eingetretene schwere Mangellagen reagieren können. Gleichzeitig werden die bewährten Prinzipien und Instrumente der Landesversorgung beibehalten. Einige Aspekte müssen noch vertieft abgeklärt werden. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, eine entsprechende Botschaft zu erarbeiten.

Die Revision sieht vor, die bestehende Gesetzesgrundlage aus dem Jahr 1982 zu modernisieren, damit die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) den neuen Anforderungen gerecht werden kann. Im Vordergrund stehen dabei die Beschleunigung der Abläufe im Krisenfall sowie der präventive Beitrag zur Versorgungssicherung. Unabhängig von den Ursachen muss die WL bei drohenden oder bereits eingetretenen schweren Mangellagen,

die das ganze Land betreffen, rasch und gezielt eingreifen können. Bewährte Prinzipien und Instrumente der Landesversorgung wie die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat oder die Pflichtlagerhaltung sollen beibehalten werden. Zudem spielt die Wirtschaft sowohl bei der Vorsorge als auch bei der Bewältigung von Krisen weiterhin die zentrale Rolle und der Bund greift nur unterstützend ein, falls dies nötig ist.

Der Bundesrat hatte am 20. Februar 2013 die Vernehmlassung eröffnet. Insgesamt gingen 94 Stellungnahmen ein. Die Rückmeldungen zeigen, dass die Notwendigkeit einer Modernisierung der Gesetzesgrundlage grundsätzlich unbestritten ist. Die Zielsetzungen und Hauptstossrichtungen der Revision werden von den Vernehmlassungsteilnehmern mehrheitlich befürwortet. Positiv hervorgehoben werden insbesondere die Anpassung an die Dynamik von Versorgungsstörungen, die Möglichkeit zu früheren und flexibleren Interventionen und die Beschleunigung der Verwaltungsverfahren in Rechtsetzung und Rechtsanwendung.

In bestimmten Punkten verlangen einige Vernehmlassungsteilnehmer Änderungen des Gesetzesentwurfs. Mehrere der eingegangenen Antworten beinhalten etwa Bemerkungen zur Pflichtlagerhaltung und dabei insbesondere

zur Finanzierung der Lagerhaltung im Ernährungsbereich. Zahlreiche Organisationen und Verbände aus der Land- und Ernährungswirtschaft verlangen eine zwingende Übernahme der Lagerhaltungskosten durch den Bund, falls diese durch die privatwirtschaftlichen Garantiefonds nicht vollständig gedeckt werden können.

Weiter geben einzelne Vertreter der Wirtschaft zu bedenken, dass Massnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von lebenswichtigen Versorgungssystemen und Infrastrukturen klarer von strukturpolitischen Massnahmen abzugrenzen seien. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer verlangen zudem, dass der im Raumplanungsrecht festgehaltene Schutz geeigneter landwirtschaftlicher Produktionsflächen (Fruchtfolgeflächen) auch im LVG aufgenommen wird.

Der Bundesrat hat das WBF beauftragt, die Botschaft zur LVG-Revision zuhanden des Parlamentes vorzubereiten. Im Rahmen der Ausarbeitung der Botschaft ist zu prüfen, wie die Vernehmlassungsergebnisse berücksichtigt werden können, um den verschiedenen Anliegen möglichst gerecht zu werden.

Herausgeber:

Der Bundesrat

Internet: <http://www.bundesrat.admin.ch/>

Selbstbestimmung von Bürger, Familie und Staat

26.10.2013

Rede von Bundespräsident Ueli Maurer anlässlich der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 26. Oktober 2013 in Meiringen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sie kennen bestimmt alle das Gotthelf-Zitat: «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland».

Häufig braucht man dieses Zitat einfach als Schlagwort. Aber dahinter steckt mehr: Es ist der Grundgedanke unserer freiheitlichen Gesellschaft in einem Satz zusammengefasst.

Die freiheitliche Gesellschaft hat zwei Bereiche: Gotthelf nennt sie «Haus» und «Vaterland». Haus steht für den privaten Bereich des Bürgers und für die Familie. Vaterland steht für den öffentlichen Bereich, für die Gesellschaft, für den Staat. Und diese beiden Bereiche müssen miteinander im Gleichgewicht stehen:

Der Staat kann nur funktionieren dank der grossen Leistung der Bürger und insbesondere auch der Familien – In den Familien wird all das vermittelt, was unsere Gesellschaft ausmacht: Umgangsformen, Anstand, Werte, Pflichtgefühl, Traditionen usw.

Umgekehrt ist es die Aufgabe des Staates, für die Sicherheit und die Freiheit der Bürger und Familien zu sorgen. So sind die beiden Bereiche in einem Gleichgewicht; es stimmt das Verhältnis zwischen «Haus» und «Vaterland», wie Gotthelf gesagt hat, oder zwischen Bürger und Staat, wie wir heute sagen.

Darauf möchte ich näher eingehen. Denn das Thema ist hoch aktuell: Ein Blick über die Grenze sollte uns eine Warnung sein. Wir sehen überall Länder, die irgendwie aus dem Gleichgewicht geraten sind.

Staatsschulden sind seit einigen Jahren ein Dauerthema. Mal ist dieses Land in den

Schlagzeilen, mal jenes. Mal sind es die USA, mal Japan, dann wieder verschiedene EU-Staaten. Die Länder sind verschieden, die Entwicklung ist gleich: Die Ausgaben sind aus dem Ruder gelaufen. Die Schulden steigen.

Mit den Schuldenbergen ist es ähnlich wie mit den Eisbergen: Man sieht die Spitze. Aber das Problem reicht noch tiefer. Das Problem sind die Staaten, die ihr Gleichgewicht verloren haben: Der Staat und die Bürokratie werden immer grösser und mächtiger. Die Verwaltung zieht neue Aufgaben an sich. Sie macht immer mehr Gesetze, reglementiert die Wirtschaft und das Leben der Bürger immer stärker.

Gleichgewicht zwischen Bürger und Staat

Damit sind wir beim ganz Grundsätzlichen, bei der Rolle des Bürgers und der Rolle des Staates. Und eben: Bei diesem Gleichgewicht zwischen Bürger und Staat.